

Neue Steuerungsformen der Berliner Stadtpolitik

„Berlin auf dem Weg zur unternehmerischen Stadt?!“
Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 10.10.2007

Inhalt

- Soziale Metropole Berlin vs. Unternehmerische Stadt
- Die Berliner LINKE und die „wachstumsorientierte Konsolidierung“
- Berlin 2007: Öffentliche Steuerung der Stadtentwicklung

Soziale Metropole Berlin vs. Unternehmerische Stadt

- These 1: In der Berliner LINKEN bestehen traditionell Schwierigkeiten, den Begriff Metropole positiv zu besetzen. Hintergrund ist die begründete Kritik an der schwarz-roten wachstumsfixierten und exogen dominierten Stadtpolitik der 90er Jahre.
- These 2: Das Leitbild „Soziale Metropole Berlin“ geht davon aus, dass Metropole und soziale Stadt keine Dichotome darstellen müssen – wobei der internationale Beweis noch aussteht.
- These 3: Soziale Stadtpolitik in der Metropole Berlin ist das Gegenmodell zur „unternehmerischen Stadt“ und wird von der LINKEN v.a. in den Bezirken seit Anfang der 90er Jahre konzeptionell und praktisch entwickelt.

Kritik an der „unternehmerischen Stadt“

- Die unternehmerische Stadt steht in direkter Konkurrenz um Ressourcen (Finanzen, Realkapital) und politischen Einfluss zu einer sozialstaatlich und an gleichwertigen Lebensverhältnissen ausgerichteten Stadtpolitik.
- Die unternehmerische Stadt ist angebotsorientiert und heißt:
 - Neubestimmung der Stadt als v.a. ökonomischer Standort,
 - Übergang von der Mieter- zur Eigentümerstadt (Konstruktion des „Stadtbürgers“),
 - Festivalisierung der Stadtpolitik,
 - tendenzielles Ende der Stadt als staatliche/öffentliche Institution durch Schwerpunkt auf Privatwirtschaft (PPP, etc.)
 - Abbau öffentlicher Aufgaben und öffentlichen Eigentums.

Die LINKE Berlin: Wachstumsorientierte Konsolidierung?!

- *„Eine der zentralen Aufgaben von Rot-Rot ist und bleibt Standortpolitik zur Entwicklung der Stadt.*
- *Aber eine linke Partei muss sich die Aufgabe stellen, eine andere als nur von den Kräften des Marktes und seiner Logik getriebene Stadtentwicklung zu betreiben. Wir wollen wirtschaftliche Entwicklung. Aber wir wollen gleichzeitig keine Entwicklung, wie sie andere internationale Metropolen vorgezeichnet haben: mit einer Dreiteilung der Stadt in einen international wettbewerbsfähigen, auf die globale Konkurrenz ausgerichteten Teil, die »normale Arbeits-, Wohn- und Versorgungsstadt« und die »aufgegebene Stadt der Ausgegrenzten«.*
- *Wir wollen eine prosperierende Stadt, aber nicht um den Preis der sozialen Ausgrenzung und Desintegration, sondern mit dem Ziel von Wachstum und sozialer Integration.“*

Die LINKE Berlin und stadtpolitische Theorie & Praxis

- Diese stadtpolitische Strategie reagiert zum einen auf die verschuldete „Armutsstadt“ Berlin und greift traditionelle etatistische Herangehensweise auf: Lebensqualität und soziale Sicherheit entfalten sich aus der Ableitung von ökonomischem Wachstum, das wiederum Spielräume politischen Handelns generiert.
- Die Aufgabe der LINKEN besteht darin, einen tragfähigen Begriff „Sozialer Stadtpolitik“ zu erarbeiten und diesen Begriff in eine stadtpolitische Strategie einzupassen.
- Gewünschtes Ergebnis: Stadtentwicklungspolitisches Leitbild, das als Basis für konkretes politisches Handeln dient.

Berlin 2001-2006: Öffentliche Steuerung vor Privatisierung

- Stopp des Ausbaus der Entwicklungsgebiete,
- Ausstieg aus der Wohnungsbauförderung Berlins,
- Keine Einführung von Standortmanagement (z.B. HH
- Mit Ausnahme der BVG keine Beteiligung an Cross-Border-Leasing-Vorhaben,
- PPP-Projekte bedürfen der parlamentarischen Entscheidung,
- Mit Ausnahme der Wohnungswirtschaft keine materielle Privatisierung öffentlicher Unternehmen der Daseinsvorsorge,
- Bei Wohnungswirtschaft: Sicherung von Mietrechten, Vorrangverkauf an Genossenschaften,
- Neuordnung des öffentlichen Beteiligungsmanagements,
- Durchführung des Bundesprogramms Soziale Stadt.

Berlin 2007-2011: Öffentliche Steuerung statt Privatisierung

- Ausschluss der Privatisierung von Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge,
- Fortführung der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Soziale Stadt“,
- Stärkere Verknüpfung von Sozial- und Gesundheitszielen mit dem Quartiersmanagement zur Überwindung von Defiziten des städtebaulich motivierten Bundesprogramms Soziale Stadt,
- Verknüpfung Umweltpolitik mit sozialen Problemlagen (Lärm, Gebäudesanierung etc.),
- Bundespolitische Initiativen: Mindestlohn, Integration, Ablehnung Gesundheitsreform etc.